Wachstum ohne Blüte

Die Zahl der jüdischen Schulen wächst. Ein gutes Zeichen, finden alle Beteiligten. Aber immer häufiger werden die jüdischen Einrichtungen zu Schutzräumen.

Von Johannes Mohren

Bräuche und Riten vermitteln: *Unterricht an jüdischer Schule in Frankfurt* Foto Visum

BERLIN/DÜSSELDORF/FRANKFURT, im November

Aktuell ist es bei Sigmount Königsberg ein bisschen ruhiger. Zumindest im Bereich Schule – einem seiner Aufgabenfelder. Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde Berlin ist erleichtert darüber. Als das alte Schuljahr zu Ende ging, war die Lage eine andere. Wöchentlich bekam Königsberg Meldungen. Wöchentlich saßen jüdische Eltern bei ihm, deren Kinder an nichtjüdischen Schulen – vornehmlich an staatlichen, aber auch privaten – antisemitisch gemobbt wurden. Königsberg sucht dann mit den Schulen den Dialog. „Niemand will ja ein Kind aus seinem Alltag reißen. Das ist die Ultima Ratio“, sagt er. Manchmal gelingt es, das zu vermeiden. Aber bei weitem nicht immer. „Und wenn ein Kind die Schule verlassen muss, dann ist es eigentlich immer das jüdische.“ Er berichtet von Bagatellisierung durch Schulleitungen. Von den Versuchen, solche Situationen einfach auszusitzen. Bis hin zum Ignorieren – trotz eindeutiger Hinweise.

Königsberg sitzt im Schulleiterbüro in der zweiten Etage des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn, während er davon berichtet. Leicht zurückgesetzt steht das alte Schulgebäude an der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte – umgeben von einem Metallzaun, bewacht von der Polizei sowie gemeindeeigenem Sicherheitsdienst. Über 400 Schüler werden hier unterrichtet. Ihr Schulleiter ist seit vier Jahren Aaron Eckstaedt. „Bei uns am Gymnasium lernen die Schülerinnen und Schüler, wie jüdische Identität in einer modernen Welt aussehen kann“, sagt er. Die Fächer Jüdische Religion und später Religionsphilosophie sowie Hebräisch sind über weite Teile der Schullaufbahn verpflichtend. Der Zulauf ist groß – von jüdischen, aber auch nichtjüdischen Schülern.

Das Jüdische Gymnasium Moses Mendelssohn ist in dieser Hinsicht exemplarisch für das jüdische Bildungssystem, das in den Städten, in denen es große jüdische Gemeinden gibt, insgesamt stark wächst. Allein in den vergangenen drei Jahren wurden in München, Düsseldorf und Frankfurt die Strukturen für eine jüdische Schulbildung bis zum Abitur geschaffen. In der bayrischen und der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt durch die Neugründung von jüdischen Gymnasien, in Frankfurt durch die Erweiterung des bestehenden Systems. Doch es ist nicht nur dieser Ausbau im Bereich der weiterführenden Schulen, der das Wachstum zeigt. An der Düsseldorfer Yitzhak-Rabin-Grundschule war im Jahr ihres 25-jährigen Bestehens vor kurzem die Nachfrage erstmals größer als die Kapazität. 2019 soll daher nun mit drei statt bislang zwei Klassen gestartet werden.

Es gibt Stimmen, die glauben, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Michael Szentei-Heise ist eine von ihnen. Der Vierundsechzigjährige ist seit über drei Jahrzehnten Verwaltungsdirektor der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf. Zum Schulstart vor einigen Wochen hat die „Jüdische Allgemeine“ ein Plädoyer von ihm veröffentlicht. Der Titel: „Wir brauchen jüdische Schulen“. Es baute auf zwei Argumente. Beide sind, so verschieden, ja gegensätzlich sie doch sind, auch Hinweise darauf, wieso die jüdischen Schulen heute einen derart großen Zulauf haben. Das eine lautet: Jüdische Bildungseinrichtungen sind notwendig, um jüdische Identität und Werte zu entwickeln und zu stärken. Es war schon das zentrale Anliegen Anfang der neunziger Jahre, als jüdische Schulen zum ersten Mal boomten. In Düsseldorf wurde etwa die Yitzhak-Rabin-Schule gegründet. In Berlin das Gymnasium Moses Mendelssohn, das damals noch schlicht JOS – Jüdische Oberschule – hieß. Möglich wurde die Entwicklung dadurch, dass nach dem Mauerfall binnen weniger Jahre Zehntausende jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion kamen. Waren die Jahrgänge zuvor oft so schwach, dass die Einrichtung von Schulen undenkbar war, änderte sich das.

Das andere Argument, sagt Szentei-Heise, sei neuer; ein Ergebnis der vergangenen zwei, drei Jahre. Die aktuellen Entwicklungen machten es dringend erforderlich, Schutzräume vor antisemitischen Angriffen zu schaffen. Mitte 2017, sagt Szentei-Heise, seien in der jüdischen Religionsschule auf Einladung rund 50 Schüler zusammengekommen. Der Vorstand der Düsseldorfer Gemeinde war da, die Schulverwaltung der Stadt und auch ein Vertreter der israelischen Botschaft. Die Jugendlichen sollten berichten über das Jüdischsein an nichtjüdischen Schulen. „Es war wirklich entsetzlich“, sagt Szentei-Heise. Die Zahl derer, die von antisemitischem Mobbing und Angriffen erzählten, sei groß gewesen. „Wir waren perplex.“

Harry Schnabel kann in Frankfurt jeden Tag sehen, wie die jüdische Schule wächst. Die Großbaustelle liegt direkt neben dem Gemeindezentrum. „Es ist immer viel los in unserer Gemeinde“, sagt ihr Schuldezernent, „aber: Momentan ist es schon besonders viel.“ Denn neben Schule ist Schnabel auch noch für die Ressorts Bauen und Finanzen zuständig und damit nun, da ein Schulgebäude entsteht, in vielerlei Hinsicht involviert. Der Platz im aktuellen Stammhaus der jüdischen Isaak-Emil-Lichtigfeld-Schule ist für die inzwischen fast 600 Schüler deutlich zu eng geworden. Mit der neuen gymnasialen Oberstufe, die seit diesem Schuljahr aufgebaut wird, braucht es nun zusätzliche Räumlichkeiten. So wird für die Klassen eins bis vier für 13 Millionen Euro neu gebaut. Als die Schule 1966 als Grundschule gegründet wurde, war sie die erste jüdische in Nachkriegsdeutschland. „Eine Zwergenschule“, wie Schnabel sagt. Zwanzig Jahre später folgten die Klassen fünf und sechs. Seit 2006 gab es eine Sekundarstufe I. Und nun also den Weg bis zum Abitur – wie zuletzt im Jahr 1939. „Wir haben abwarten müssen, sind organisch gewachsen“, sagt Schnabel. Warum gerade jetzt der Schritt zur gymnasialen Oberstufe erfolgt? „Unsere Aufgabe ist es, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren sowie Anregungen und Wünsche unserer Gemeindemitglieder aufzugreifen“, sagt Schnabel. Und der Wunsch, diesen Schritt zu gehen, sei groß gewesen.

Auch heute spielen Fragen der Identität bei der Schulentwicklung eine wichtige Rolle. Es waren allen voran die konservativ religiösen Mittelschichten der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, die sich für eine Oberstufe starkmachten – und auf Zustimmung stießen. Eine Gruppe, für die auch im Schulalltag die Einhaltung von religiösen Geboten und Riten zählt. Gewachsen ist sie in den neunziger Jahren durch die Zuwanderung aus Osteuropa. Es ist somit auch der damals angestoßene Prozess, der sich nun fortsetzt. Und doch ist die Lage eine andere. Die Schulentwicklung nach dem Mauerfall sei auch ein Spiegel des Vertrauens gewesen, dass Jüdisch-sein nach dem Holocaust in Deutschland Perspektive hat, sagt Schnabel. Es war der Ausdruck einer Blüte – und das nicht nur quantitativ. „Jetzt stehen wir an einem Scheideweg“, sagt der Schuldezernent. Weil es nun ein völlig konträrer Punkt sei, der die Entwicklung der Schulen zumindest mit bedinge: Verunsicherung statt Vertrauen. „Es gibt die Eltern, die ihre Kinder lieber direkt auf eine jüdische Schule schicken wollen, damit es gar nicht zu einer Situation kommen kann, in der sie antisemitisch gemobbt und angegriffen werden“, sagt Schnabel. Und er sagt auch: „Das ist bestimmt nicht der Grund, aus dem wir wachsen wollen.“

Belastbare Zahlen über das antisemitische Mobbing an Schulen gibt noch es keine. In Berlin könnte sich das bald ändern. Ab dem Schuljahr 2019/20 soll es eine Meldepflicht für diese Vorfälle geben – als eigenständige Kategorie in den Notfallplänen der Berliner Schulen. Schulleitungen werden dadurch verpflichtet, das Mobbing an Schulverwaltung und Polizei weiterzugeben. Es sei ein guter Schritt, sagt Sigmount Königsberg, „dann sind die Ausflüchte weg“. Hoffnung auf schnelle Veränderung gibt es aber dennoch in keiner der Gemeinden. „Die Schulbürokratie ist schwerfällig“, sagt Szentei-Heise. Der Leiter des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn, Aaron Eckstaedt, bemängelt vor allem eine allgemein fehlende Professionalität im Umgang mit Diversität: „Wir haben in Deutschland immer gedacht, dass wir auf einem wunderbaren Weg sind, stellen aber jetzt fest: Es fehlt ganz viel.“ Das betreffe insbesondere auch die Lehrerausbildung und -fortbildung, findet Harry Schnabel. „Das Schimpfwort ‚Jude‘ ist auf Schulhöfen gängig. Das ist psychischer Druck. Viele Lehrer hören weg, weil der Umgang damit lästig wäre.“ Judenhass werde entschuldigt oder auch als Israel-Kritik abgetan, statt ihn deutlich beim Namen zu nennen.

So ist es nicht auszuschließen, dass Sigmount Königsbergs Ruhe bald vorbei ist – wie am Ende des vergangenen Schuljahres. Er hofft, dass er in Zukunft noch effektiver helfen kann. Dafür drängt auch er auf eine weitere jüdische Einrichtung. „Wir brauchen eine Sekundarschule“, sagt der Antisemitismusbeauftragte. Es ist die Schulform, in der die Lage in Berlin aktuell besonders besorgniserregend sei – und das jüdische Gymnasium kann diese Schüler aus Leistungsgründen nicht aufnehmen. „Deshalb befindet sich der Vorstand der Gemeinde mit dem Senat in Gesprächen“, sagt Königsberg. Für Harry Schnabel ist bei allen diesen Bemühungen vor allem eines entscheidend: „Wir müssen an den jüdischen Schulen den Anteil der nichtjüdischen Schüler behalten“, sagt er. Das sei die Entwicklung, die es zu beobachten gelte – es sei ein Gradmesser. „Wenn er kleiner wird, wäre das fatal.“ An der Isaak-Emil-Lichtigfeld-Schule ist man stolz auf die große Vielfalt. Die Schüler kommen aus achtzehn Nationen. Dreißig Prozent sind nichtjüdisch. Es sind auch einige Muslime unter ihnen. In der Großen Hamburger Straße in Berlin ist das ähnlich. Schutzräume sind sie notgedrungen. Aber Rückzugsorte wollen sie nicht sein – oder werden.

„Moralische Integrität beschädigt“

Kommission fordert von EKD Aufklärung von Missbrauch

oll. BERLIN, 8. November. Kurz vor Beginn der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Würzburg hat die Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs die EKD aufgefordert, eine unabhängige Aufarbeitung sexueller Gewalt in der Kirche und ihren Einrichtungen in Gang zu setzen. „Der sexuelle Missbrauch in kirchlichen Institutionen und vor allem dessen Verschweigen und Vertuschen hat die moralische Integrität auch der evangelischen Kirche schwer beschädigt“, heißt es in einer Stellungnahme der Kommission, die am Mittwoch in Berlin veröffentlicht wurde. Die Kommission empfiehlt der EKD außerdem, eine eigene wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die alle Pfarrerinnen und Pfarrer, Diakonissen und Diakone einbezieht. Gelingende Aufarbeitung bedürfe unabhängiger Fachleute, denen ein uneingeschränkter Zugang zu Archiven und Akten der Landeskirchen gewährt werden müsse. Dieser sollte sowohl in Aufarbeitungsprozessen in den Landeskirchen als auch einer EKD-weiten Studie ermöglicht werden.

Die Anhörungen der Kommissionen zeigten, dass gerade von sexueller Gewalt Betroffene in der evangelischen Kirche Missbrauch nicht angezeigt hätten. Um das Ausmaß und die strukturelle Dimension des Missbrauchs zu erfassen, müsse es einen gezielten Aufruf geben, um Betroffene zu erreichen und Geschehenes zu dokumentieren. Die Betroffenen hätten das Recht auf ein transparentes und offenes Verfahren, das nach rechtsstaatlichen Prinzipien ablaufe, und das heiße vor allem, dass auch über das Disziplinarverfahren hinaus eine kirchenunabhängige juristische und psychosoziale Prozessbegleitung gewährleistet sei, deren Finanzierung die Kirchen übernehmen müssten.

Die Kommission appelliert an die Kirchen, den Betroffenen Akteneinsicht zu gewähren und nicht – wie in mehreren Fällen geschehen – Verschwiegenheit über Ablauf oder Ergebnis eines Verfahrens zu vereinbaren. Für dringend nötig hält sie insbesondere von der Kirche unabhängige zentrale Anlauf- und Beschwerdestellen für die Anliegen von Betroffenen. Es genügt nicht, wenn die Kirche die Opfer darauf verweist, dass sie sich an die zuständige Landeskirche wenden können. Wie verletzend solches Vorgehen oft war, hat sich bei der Anhörung zum sexuellen Missbrauch in beiden Kirchen in Berlin im Frühsommer gezeigt.

Die zu leistenden Entschädigungen brauchten für alle Landeskirchen eine transparente und nachvollziehbare Begründungslogik und sollten nach einheitlichen Kriterien zugesprochen werden. Sie müssten außerdem in einem Umfang geleistet werden, der alle notwendigen psychotherapeutischen und rehabilitativen Hilfen abdecke. Bisher schon abgeschlossene Disziplinarverfahren gegen Täter zeigten, dass auch die evangelische Kirche oft genug täterschützend vorgegangen sei, kritisiert die Kommission. Sie fordert die Kirchen deshalb auf, auch abgeschlossene interne Verfahren noch einmal extern überprüfen zu lassen, ob die angemessenen disziplinarrechtlichen Konsequenzen gezogen wurden. Es sei notwendig, „die eigenen institutionellen Strukturen konsequent zu reflektieren und zu verändern, die den Missbrauch zu einem systemischen Problem haben werden lassen“. Die kritische Prüfung dürfe auch nicht vor der seelsorgerlichen Praxis haltmachen, die das Wissen über Taten und beschuldigte Personen geheim halte. Dieser Praxis dürfe nicht mehr Bedeutung beigemessen werden als dem Schutz von Kindern und Jugendlichen.

„Die EKD bräuchte das Amt einer/s offiziellen Beauftragten im Bischofsrang“, dem ein Gremium von Missbrauchsbeauftragten der Landeskirchen zugeordnet werden müsse, heißt es in den Empfehlungen der Kommission, die ihre Bereitschaft erklärt hat, der evangelischen Kirche bei der Aufarbeitung zu helfen und mit ihr zusammen Standards und Kriterien der Aufarbeitung verbindlich festzulegen.

Genötigt, geschlagen, bestohlen

Der Burbach-Prozess hat begonnen / Von Reiner Burger

DÜSSELDORF, 8. November. Es ist ein Mammutverfahren, das am Donnerstag in Siegen begonnen hat: Rund 30 Angestellte eines privaten Wachdienstes und Mitarbeiter der Leitung einer Flüchtlingsunterkunft im nordrhein-westfälischen Burbach sowie Bedienstete der in Nordrhein-Westfalen für die Flüchtlingsunterbringung zuständigen Bezirksregierung Arnsberg müssen sich wegen der systematischen Misshandlung von Heimbewohnern verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, im Zeitraum zwischen Dezember 2013 und September 2014 insgesamt 54 Fälle von Freiheitsberaubung, Nötigung, Diebstahl und Körperverletzung begangen zu haben. Wegen der großen Zahl der Angeklagten und des erheblichen öffentlichen Interesses findet die Hauptverhandlung nicht im Siegener Landgericht, sondern in einem Tagungsraum der Siegerlandhalle statt.

Die Misshandlungen waren im September 2014 durch Handyfotos und ein Video bekannt geworden und hatten auch überregional Entsetzen hervorgerufen. Auf einem der Bilder war ein sich am Boden windender Flüchtling zu sehen, dem die Hände auf dem Rücken gefesselt waren. Ein schwarzgekleideter Wachmann drückte seinen Stiefel in den Nacken des Flüchtlings. Hinter dem Opfer war ein zweiter Wachmann zu sehen. Ein Film zeigte einen anderen Asylbewerber, den Wachleute zwangen, sich neben Erbrochenem auf eine Matratze zu legen.

Zu den Schikanen und Misshandlungen soll es laut Anklageschrift vor allem in sogenannten Problemzimmern gekommen sein, die Wachleute in der ehemaligen Siegerland-Kaserne eingerichtet hatten – für Flüchtlinge, die „besondere Schwierigkeiten“ bereiteten, wie Zeugen später sagten. Bis zu acht Stunden lang wurden Asylbewerber dort eingesperrt, die „Ärger machten“, gab einer der nun Angeklagten bei den Ermittlungen zu Protokoll. Einige Wachleute äußerten sich früh auch in den Medien, gaben sich reuig und stellten sich als Opfer der Umstände dar. Die Lage in der ehemaligen Bundeswehrkaserne sei „unkontrollierbar“ gewesen. Als Wachmann habe man sich oft überfordert gefühlt, weil es zwischen den Asylbewerbern oft zum Streit gekommen sei. Regelmäßig sei das Sicherheitspersonal von einigen Flüchtlingen angegriffen worden. Die Staatsanwaltschaft hält Erklärungen wie diese für Ausflüchte. Sie ist überzeugt, dass es den Tätern darum ging, die Heimbewohner für Verstöße gegen die Hausordnung wie Rauchen oder Alkoholkonsum auf den Zimmern per Selbstjustiz zu bestrafen. Schon beim Transport in die „Problemzimmer“ soll es zu Körperverletzungen, Nötigungen und Diebstählen gekommen sein. Motiv für das Vorgehen sei auch gewesen, die Zahl der Meldungen von Zwischenfällen in der Unterkunft an Polizei- und Ordnungsbehörden niedrig zu halten und den Ruf der Flüchtlingsunterkunft nicht zu gefährden. „Die Verantwortlichen wollten möglichst wenig Polizeieinsätze, um den privaten Heimbetreiber, die Einrichtung und das Personal gut dastehen zu lassen“, sagte Oberstaatsanwalt Christian Kuhli.

Zu den Angeklagten zählen auch zwei Mitarbeiter der Bezirksregierung Arnsberg. Ihnen wirft die Anklage Freiheitsberaubung durch Unterlassen vor. Die beiden Bediensteten hätten von den Taten gewusst, seien aber dennoch nicht eingeschritten. Die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Siegen hat für das Verfahren bisher 23 Verhandlungstage bis Mai 2019 angesetzt. Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft 38 Personen angeklagt. Zwei Verfahren gegen sechs geständige Beschuldigte waren zwischenzeitlich abgetrennt worden, sie sollen im kommenden Jahr beginnen. Am Donnerstag wurden zudem die Verfahren von drei weiteren Angeklagten abgetrennt, die erkrankt sind oder zu spät geladen worden waren. Nach den Burbacher Misshandlungsfällen hatte sich eine breite öffentliche Debatte über die Standards von Flüchtlingsunterkünften und Qualifikation des dort eingesetzten privaten Sicherheitspersonals entwickelt.

Geschätztes Wahlergebnis

In Hessen könnte es jetzt doch eine Ampelkoalition geben

FRANKFURT, 8. November. Der hessische Landeswahlleiter hat den Ernst der Lage erkannt. Wilhelm Kanther (CDU) schließt nicht aus, dass nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis der hessischen Landtagswahl nicht mehr die Grünen zweitstärkste Kraft im neuen Landtag sein werden, sondern die SPD. Das liegt an eklatanten Fehlern beim Auszählen am Wahlabend des 28. Oktober. Vor allem in Frankfurt ist eine Menge schiefgegangen. In mehreren Wahllokalen wurden jeweils Hunderte Stimmen falsch oder gar nicht erfasst, hinzu kommen Übertragungsfehler, etwa durch Zahlendreher. Weil in sechs Wahlbezirken bis zum späten Abend kein Resultat vorlag, wurden Zahl und Verteilung der Stimmen nur geschätzt. Deshalb wird das vorläufige Endergebnis keinen Bestand haben. Bis zum 16. November will Kanther nun die Resultate aller 55 Wahlkreise prüfen und dann das endgültige Ergebnis verkünden.

Wer die Zahlen betrachtet, erkennt die Brisanz. In Hessen trennen die Grünen auf Platz zwei und die SPD auf Platz drei bislang nur 94 Stimmen. Außerdem gibt es bislang eine knappe Mehrheit von einem Mandat für eine Fortführung der schwarz-grünen Koalition im Wiesbadener Landtag. Beide Befunde stehen nun in Frage. Durch Recherchen dieser Zeitung wurde bekannt, dass in Frankfurt teils grotesk falsche Zahlen in die Ergebnislisten aufgenommen wurden. Seit Mittwoch sind diese von offizieller Stelle korrigiert. Jetzt steht fest: Während für die SPD 118 Stimmen zu wenig notiert wurden, waren es für die Grünen 127 Stimmen zu viel. Allein durch diese Verschiebung liegen die Sozialdemokraten in Hessen wieder vor den Grünen.

Das wiederum könnte Folgen für die Koalitionsgespräche haben. Zwar haben CDU und Grüne schon erkennen lassen, dass sie ihre Koalition fortsetzen wollen. Allerdings war eine „Ampel“ aus Grünen, SPD und FDP sehr früh von den Liberalen verworfen worden, weil sie nicht unter einem Grünen-Ministerpräsidenten arbeiten wollten. Wenn nun aber die SPD doch vor den Grünen liegt und somit Anspruch auf den Posten des Ministerpräsidenten hätte, dürfte die FDP gesprächsbereit sein. Der Grünen-Landesvorsitzende Tarek Al-Wazir sagte am Donnerstag, er werde auf die Liberalen zugehen. Möglich ist überdies, dass sogar die knappe schwarz-grüne Mehrheit wackelt. Die CDU kündigte an, die für Freitag geplante Entscheidung über einen Partner für Koalitionsverhandlungen zu verschieben.

Die Schuld an dem Durcheinander, das in vielen Frankfurter Wahllokalen und im städtischen Wahlamt herrschte, gibt die größte hessische Kommune dem landesweiten Computerprogramm „Wahlweb Hessen“. Das System sei so überlastet gewesen, dass sich die Mitarbeiter des Wahlamts nicht hätten einloggen können. Deshalb hätten sie die aus den Wahllokalen telefonisch übermittelten Daten nicht eingegeben können. Im Laufe des Abends sei man dazu übergangen, die Werte handschriftlich zu notieren und nachträglich einzugeben.

Weil für sechs Stimmbezirke die Angaben komplett fehlten, behalf sich das Wahlamt mit Schätzungen. Dabei wurden die Werte allerdings nicht hochgerechnet, sondern schlicht aus benachbarten Stimmbezirken übernommen. Die Fehler waren entsprechend groß: In einem Bezirk im Stadtteil Niederursel lag die Schätzung zum Beispiel um 211 Stimmen über der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Nach den Worten von Hans-Joachim Grochocki, Leiter der städtischen Geschäftsstelle Wahlen, geht die Praxis des Schätzens auf eine Anweisung der Landeswahlleitung zurück. Ohne diese Werte hätte man die Erfassung ganzer Wahlkreise nicht beenden können, und somit hätte es auch kein landesweites Resultat gegeben. Bei der bayerischen Landtagswahl hätten die Kollegen in München fehlende Ergebnisse in ähnlicher Weise ersetzt. (trau./trö.)

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.), Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Dr. Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

ONLINE: Chefredakteur digitale Produkte: Carsten Knop; Redaktionsleiter FAZ.net: Kai N. Pritzsche.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2018 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2018 an.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 64,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 71,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 32,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 32,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 37,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 73,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 46,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnement E-Paper) 16,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 2,00 €; der digitalen F.A.S. 3,50 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91 - 29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91 - 0. Anzeigenservice: (069) 75 91 - 33 44. Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00 oder www.faz.net/meinabo.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

BEILAGENHINWEIS: Einem Teil der heutigen Ausgabe liegt ein **Prospekt der Firma Gravis Computervertriebsgesellschaft** bei.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv